



de



Europäische Union  
Regionalpolitik

# info regio

| Nr. 15 | Dezember 2004 |

panorama



## Der Solidaritätsfonds

und die Risikoprävention

## Der Solidaritätsfonds *und* die Risikoprävention

### Gemeinsam sind wir stark

Mit dem Solidaritätsfonds hat die Europäische Union als Reaktion auf die verheerenden Überschwemmungen im Sommer 2002 ein Instrument geschaffen, um Mitgliedstaaten und Beitrittsländern, die Opfer außergewöhnlicher Katastrophen werden, finanziell zur Seite stehen zu können.

### Der Solidaritätsfonds in Sachsen (Deutschland) – Eine rasche und adäquate Reaktion auf die Hochwasserkatastrophe vom August 2002

Die zügige Bereinigung der Situation in Sachsen, einer Region, die schwer unter den Überschwemmungen von August 2002 gelitten hat, veranschaulicht deutlich die Zielsetzung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union: die Unterstützung beim raschen Wiederaufbau technischer und sozialer Infrastrukturen nach einer Katastrophe.

### Augenzeugen berichten: Tschechische Republik

### Der SFEU in Aktion: Malta, Frankreich, Österreich, Spanien

### Augenzeugen berichten: Portugal

### Reportage: Frankreich – Tatkräftige Hilfe für den Gard

Auch das Departement Gard, das gleich zwei Mal von schweren Überschwemmungen heimgesucht wurde, erhielt eine Finanzhilfe vom Solidaritätsfonds der Europäischen Union (SFEU). Hier wurden nicht nur die beträchtlichen Schäden an Infrastrukturen, Schulen, Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen wieder instand gesetzt, sondern auch Maßnahmen ergriffen, um das Gebiet besser zu schützen und Naturkatastrophen wirksamer vorzubeugen. Alles in allem wurden 115 Teilaktionen durchgeführt. Angesichts der kurzen Umsetzungsfristen, die einzuhalten waren, ist das eine verwaltungstechnische Glanzleistung. Ein Besuch bei SFEU-Pionieren.

### Augenzeugen berichten: Italien

### Die Risikoprävention, ein Schwerpunkt der Strukturfonds für 2007-2013

Gebraucht wird ein globaler und integrierter Präventionsansatz auf EU-Ebene.

### Interreg in Aktion: Niederlande, Atlantikraum, Nordsee, Alpenraum

3



10



12

13

14

15



18

19



21

Fotos (Seiten): CEDRE (1, 21), Projektträger (3, 4, 17), Préfecture de Provence-Alpes-Côte d'Azur (6, 13), European Space Agency (5), Istituto Nazionale di Fisica Nucleare (7), AEIDL (7, 16), Ministerstvo financí (7, 12) Dipartimento della protezione civile (8, 18), Sächsische Staatskanzlei (10), Malta's Planning & Priorities Co-ordination Division (13), Österreichisches Bundesministerium für Inneres (13), Parque Nacional marítimo-terrestre de las islas atlánticas de Galicia (13), Câmara Municipal de Monchique (14), Institution Maintenon (15), Rijkswaterstaat-Directie Oost Nederland (19), Bulgarian Ministry of Energy and Energy Resources (20), IRMA (21), Interreg IIIB North Sea Programme Secretariat (21), Università degli Studi di Trieste (21).

Titel: Entsorgung nach der Prestige-Ölpest

Verantwortlicher Herausgeber: Thierry Daman, EK, GD Regionalpolitik

Diese Zeitschrift wird in gedruckter Form in Englisch und Französisch auf Recyclingpapier aufgelegt.  
Das Themendossier ist auf der Webseite [http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm)  
in 19 Amtssprachen der EU verfügbar.

Der Wortlaut dieser Veröffentlichung ist rechtlich nicht bindend.



## Gemeinsam sind wir stark

Von Johannes Wachter <sup>(1)</sup>



*Solidaritätsmenschekette während der Überschwemmungen in Deutschland 2002.*

**Mit dem Solidaritätsfonds hat die Europäische Union als Reaktion auf die verheerenden Überschwemmungen im Sommer 2002 ein Instrument geschaffen, um Mitgliedstaaten und Beitrittsländern, die Opfer außergewöhnlicher Katastrophen werden, finanziell zur Seite stehen zu können.**

Im Sommer 2002 wurde Mitteleuropa von Überschwemmungen nie dagewesenen Ausmaßes heimgesucht. Sie zerstörten die sozioökonomische Infrastruktur ganzer Regionen und fügten dem Kultur- und Naturerbe erheblichen Schaden zu. Die direkten Schäden in Österreich, der Tschechischen Republik und Deutschland sowie, wenige Wochen später, in Südfrankreich beliefen sich nach Schätzungen auf insgesamt mehr als 15 Mrd. Euro.

Vor diesem Hintergrund trafen sich am 18. August 2002 die Regierungschefs der betroffenen Länder zu einem „Überschwemmungsgipfel“. Gemeinsam mit dem dänischen Ratsvorsitz und der Kommission kamen sie zu der Überzeugung, dass man diese Länder mit der Katastrophe nicht allein lassen

dürfe: ein Akt der Solidarität der Europäischen Union sei dringend geboten. Schon zwei Wochen später schlug die Kommission die Schaffung eines neuen spezifischen Instruments vor, mit dem die Folgen von größeren Katastrophen durch die rasche Mobilisierung von Finanzmitteln besser bewältigt werden können sollten <sup>(2)</sup>. Mitgliedstaaten und in Beitrittsverhandlungen stehende Bewerberländer sollten dafür gleichermaßen in Betracht kommen.

Das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten unterstützten die Idee einhellig und forderten, das Instrument möglichst rasch einsatzfähig zu machen, so dass die Mittel noch vor Ende des Jahres 2002 mobilisiert werden könnten.

### Die Verordnung des Rates zur Einrichtung des SFEU

In Rekordzeit, knapp drei Wochen nach Veröffentlichung der Mitteilung, legte die Kommission einen Verordnungsvorschlag zur Schaffung eines „Solidaritätsfonds der Europäischen Union“ <sup>(3)</sup> (SFEU) vor.

<sup>(1)</sup> Hauptverwaltungsrat, Europäische Kommission, GD Regionalpolitik. Der vorliegende Artikel beruht auf dem „Bericht der Kommission – Solidaritätsfonds der Europäischen Union – Jahresbericht 2002-2003 und Bericht über die Erfahrungen nach einjähriger Anwendung des neuen Instruments“, KOM (2004) 397 endgültig, angenommen am 26. Mai 2004.

<sup>(2)</sup> „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat – Die Antwort der Europäischen Gemeinschaft auf die Hochwasserkatastrophe in Österreich, Deutschland und mehreren Beitrittsländern – Eine Initiative im Geiste der Solidarität“, KOM (2002) 481 endgültig.

<sup>(3)</sup> Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Errichtung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union, KOM (2002) 514 endgültig, 18. September 2002.



Deutschland, Sommer 2002: wenn die Elbe über die Ufer tritt ...

Der Rat begann umgehend mit der Prüfung dieses Vorschlags, wobei zwei wesentliche Anliegen in den Vordergrund traten: einerseits der Wille, das neue Instrument rasch zu beschließen und anzuwenden. Andererseits jedoch der Wunsch nach Vorkehrungen, um die allzu häufige Inanspruchnahme des Fonds zu verhindern, da er nur als *ultima ratio* zum Einsatz kommen sollte. Der ursprüngliche Kommissionsvorschlag wurde daher in mehreren Punkten erheblich eingeschränkt.

Am 11. November 2002 verabschiedete der Rat die neue Verordnung <sup>(4)</sup>, deren wesentliche Merkmale im Folgenden zusammengefasst sind:

- > Der Solidaritätsfonds der Europäischen Union interveniert „hauptsächlich“ im Falle von Naturkatastrophen größeren Ausmaßes und erstreckt sich auf die Mitgliedstaaten und die in Beitrittsverhandlungen stehenden Bewerberländer. Der ursprüngliche Vorschlag der Kommission umfasste auch technologische und ökologische Katastrophen – um jedoch Konflikte mit dem Verursacherprinzip und eine Aufweichung der gesetzlichen Haftung für verursachte Schäden zu vermeiden, wurde der Anwendungsbereich eingeschränkt.
- > Eine Katastrophe „größeren Ausmaßes“ liegt vor, wenn der geschätzte Gesamtschaden den Schwellenwert von 3 Mrd. Euro (in Preisen von 2002) oder 0,6 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) des betroffenen Landes überschreitet, wobei der jeweils niedrigere Betrag herangezogen wird (ursprünglich hatte die Kommission Werte von 1 Milliarde oder 0,5 % des BIP vorgeschlagen). Dieses Doppelkriterium erlaubt, dem relativen Wohlstand und der Wirtschaftskraft des betroffenen Landes Rechnung zu tragen (die Tabelle zeigt die aktuellen Schwellenwerte pro Land in absoluten Zahlen).
- > Dabei ist zu beachten, dass die Kommission nur direkte Schäden berücksichtigt. Indirekte Schäden, etwa aufgrund von Einkommens- und Produktionsausfällen, für die keine vergleichbare, allgemein anerkannte Bewertungsmethode besteht, werden nicht berücksichtigt.
- > Nur ausnahmsweise kann der Fonds bei Katastrophen mobilisiert werden, die den Schwellenwert beim Schadensumfang nicht erreichen:
  1. wenn eine Katastrophe größeren Ausmaßes auch einen Nachbarstaat betrifft (ungeachtet des Umfangs der dort verursachten Schäden);
  2. bei „außergewöhnlichen“ regionalen Katastrophen, die besonders strenge Kriterien erfüllen (siehe unten). Nach dem Willen des Gesetzgebers sollte dies jedoch eindeutig der Ausnahmefall bleiben. Daher auch die an die Kommission gerichtete Aufforderung, derartige Anträge „mit äußerster Sorgfalt“ zu prüfen. Der Rat beschränkte zudem die für Zuschüsse dieser Art zur Verfügung stehenden Mittel auf 75 Mio. Euro pro Jahr.
- > Anträge können nur von der nationalen Regierung des betroffenen Landes (nicht aber von regionalen oder kommunalen Behörden) eingereicht werden und müssen binnen zehn Wochen ab dem Datum der ersten Schäden bei der Kommission eingehen.

<sup>(4)</sup> Verordnung (EG) Nr. 1212/2002 des Rates, ABl. L 311 vom 11. November 2002.



- > Die Interventionen des Fonds beschränken sich auf öffentliche Ausgaben und dienen ausschließlich zur Finanzierung der folgenden Nothilfe Maßnahmen:
  - a) unmittelbarer Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur (Energie- und Wasserversorgung, Verkehr usw., aber auch Gesundheit und Bildung);
  - b) Notunterkünfte und Hilfsdienste;
  - c) Schutzeinrichtungen und Schutz des Kulturerbes;
  - d) Säuberung der betroffenen Gebiete, einschließlich der Naturräume.
- > Ausgeschlossen sind versicherte oder versicherbare Schäden und reine Vorsorgemaßnahmen. Der Begriff der Nicht-Versicherbarkeit wurde im Wesentlichen deshalb in die Verordnung eingeführt, um das Verursacher- und Vorsorgeprinzip nicht zu untergraben. Schäden von Privatpersonen und Unternehmen können folglich nicht kompensiert werden. Öffentliche Vermögenswerte, für die die meisten Länder in der Regel keine Versicherung abschließen, kommen jedoch innerhalb der oben genannten Grenzen in Betracht.
- > Der SFEU soll möglichst unbürokratisch funktionieren. Deshalb sind weder Programmplanung noch Kofinanzierung, weder detaillierte Begleitmaßnahmen noch ein detailliert festgelegtes Berichterstattungssystem vorgesehen. Die Umsetzung der Finanzhilfe, einschließlich der Auswahl der Einzelmaßnahmen, bleibt vollständig dem Empfängerstaat überlassen. Allerdings führt die Kommission Besuche vor Ort durch, die den Empfängern Gelegenheit bieten, gegebenenfalls Rat einzuholen, es der Kommission aber auch erlauben, sich vom Funktionieren des Durchführungssystems und den Fortschritten in der Umsetzung zu überzeugen, damit die vollständige Verwendung der Finanzhilfe innerhalb des zur Verfügung stehenden Jahres gewährleistet ist.



Satelliten-Foto von den Waldbränden 2003 in Portugal und Spanien.

- > Kommission und Empfängerstaat schließen allerdings eine Durchführungsvereinbarung ab, in der die Mindestanforderungen an die Regelung der Zuständigkeiten, die Finanzkontrolle usw. sowie die Art der vorgesehenen zuschussfähigen Maßnahmen festgelegt werden. Unmittelbar nach Unterzeichnung der Vereinbarung zahlt die Kommission die Finanzhilfe in voller Höhe aus, die der Empfänger dann innerhalb eines Jahres verwenden muss. Diese Frist kann nicht verlängert werden.
- > Sechs Monate nach Beendigung der Durchführung legt der Empfängerstaat der Kommission einen Schlussbericht vor, der die korrekte Verwendung des Zuschusses belegt. Nicht oder falsch verwendeten Beträge werden zurückgezahlt. Daraufhin schließt die Kommission die Intervention ab.

## 2004 geltende Schwellenwerte für Katastrophen größeren Ausmaßes nach Ländern

| Land         | Schwellenwert (Millionen EUR) | Land                   | Schwellenwert (Millionen EUR) |
|--------------|-------------------------------|------------------------|-------------------------------|
| Belgien      | 1 596,775                     | Vereinigtes Königreich | 3 066,255                     |
| Dänemark     | 1 083,705                     | Bulgarien              | 99,563                        |
| Deutschland  | 3 066,255                     | Zypern                 | 63,803                        |
| Griechenland | 849,027                       | Tschechische Republik  | 424,259                       |
| Spanien      | 3 066,255                     | Estland                | 38,082                        |
| Frankreich   | 3 066,255                     | Ungarn                 | 373,017                       |
| Irland       | 634,065                       | Litauen                | 87,039                        |
| Italien      | 3 066,255                     | Lettland               | 55,426                        |
| Luxemburg    | 116,321                       | Malta                  | 25,119                        |
| Niederlande  | 2 658,006                     | Polen                  | 1 212,140                     |
| Österreich   | 1 273,720                     | Rumänien               | 289,248                       |
| Portugal     | 757,625                       | Slowenien              | 132,975                       |
| Finnland     | 837,714                       | Slowakei               | 152,626                       |
| Schweden     | 1 518,971                     |                        |                               |

Die 2004 geltenden Schwellenwerte entsprechen 0,6 % des BNE (nach Zahlen von 2002), höchstens jedoch 3,066255 Mrd. Euro (d. h. 3 Mrd. Euro in Preisen von 2002)

## Das Modell zur Finanzierung der Solidarität

Ein wesentliches Problem bei der Schaffung des Fonds war, die nötigen Mittel für seine Finanzierung zu finden. Da es der EU-Haushalt im Rahmen der Finanziellen Vorausschau 2000-2006 nicht erlaubt, ausreichende Mittel verlässlich bereitzustellen, wurde beschlossen, den SFEU außerhalb des normalen Haushalts zu installieren und ihn mit zusätzlichen, „frischen“ Mitteln auszustatten. Haushaltstechnisch ermöglicht wurde dies durch die Schaffung eines neuen „Flexibilitätsinstruments“ und eine Änderung der interinstitutionellen Vereinbarung über die Haushaltsdisziplin zwischen Rat, Parlament und Kommission. Damit kann der Fonds nun Zuschüsse von insgesamt bis zu einer Milliarde Euro pro Jahr vergeben. Allerdings wird nur der für jeden Einzelfall als notwendig erachtete Betrag tatsächlich mobilisiert. Nicht verwendete Mittel können nicht auf das nächste Haushaltsjahr übertragen werden.

Die Kommission kann über die Mobilisierung des SFEU also nicht allein entscheiden, sondern sie nach gründlicher Prüfung eines Antrags lediglich vorschlagen. Daraufhin muss ein komplettes Haushaltsverfahren durchgeführt werden, damit ein Berichtigungshaushalt mit dem für notwendig angesehenen

Betrag verabschiedet werden kann. Erst wenn Rat und Parlament grünes Licht gegeben haben, kann die Kommission die Finanzhilfe gewähren.

Dieses Verfahren mag schwerfällig und langwierig scheinen, es hat jedoch den Vorteil, das Parlament und den Rat immer voll einzubeziehen, wenn ein Akt europäischer Solidarität gefordert ist.

## Wie hoch kann und soll die Finanzhilfe sein?

Die Ratsverordnung enthält keine spezifischen Vorschriften darüber, wie die Höhe der zu gewährenden Finanzhilfe zu bestimmen ist, beinhaltet jedoch eine Reihe von Anhaltspunkten. Insbesondere müssen die Gleichbehandlung aller Anträge sichergestellt und die Prinzipien der Transparenz, Solidarität und Subsidiarität eingehalten werden. Deshalb hat die Kommission ein progressives System in zwei Schritten eingeführt: Die Finanzhilfe errechnet sich demnach aus einem Zuschuss von 2,5 % für denjenigen Teil der Schäden, der unter dem Schwellenwert für „Katastrophen größeren Ausmaßes“ liegt. Hinzu kommt ein höherer Satz von 6 % für den über dem Schwellenwert liegenden Teil der Schäden. Die gleiche Methode wird bei außergewöhnlichen regionalen Katastrophen angewendet; da diese definitionsgemäß unter dem Schwellenwert bleiben, entspricht die gewährte Finanzhilfe 2,5 % des direkten Gesamtschadens.

Diese Methode erlaubt es dem Fonds, im Laufe eines Jahres mehrmals zu intervenieren, unabhängig vom Ausmaß der Katastrophe oder der Wirtschaftskraft des betroffenen Landes. Zudem ist so die Finanzhilfe für große Katastrophen relativ höher als für kleine und berücksichtigt die Fähigkeit des betroffenen Landes, die Situation aus eigener Kraft zu bewältigen.

## Die Umsetzung der Verordnung

Bis zum September 2004 sind bei der Kommission – recht unerwartet – insgesamt 17 Anträge auf Mobilisierung des Solidaritätsfonds eingegangen (siehe Tabelle).

### Anträge auf Mobilisierung des SFEU (November 2002-September 2004)

|                                       | Land         | Art der Katastrophe                      | Ausmaß      | Gewährte Finanzhilfe<br>(in Millionen EUR) |
|---------------------------------------|--------------|--|-------------|--|
| <b>2002</b>                           | Österreich   | Überschwemmung                           | größer      | 134  |
|                                       | Tschechien   | Überschwemmung                           | größer      | 129  |
|                                       | Frankreich   | Überschwemmung (Gard)                    | regional    | 21   |
|                                       | Deutschland  | Überschwemmung                           | größer      | 444  |
| <b>2003</b>                           | Spanien      | Ölpest (Prestige)                        | regional    | 8,626                                      |
|                                       | Italien      | Erdbeben (Molise/Apulien)                | regional    | 30,826                                     |
|                                       | Italien      | Vulkanausbruch (Ätna)                    | regional    | 16,798                                     |
|                                       | Italien      | Überschwemmung (Norditalien)             |             | abgelehnt                                  |
|                                       | Griechenland | Winterunwetter                           |             | abgelehnt                                  |
|                                       | Portugal     | Waldbrände                               | größer      | 48,539                                     |
|                                       | Frankreich   | Waldbrände (Südfrankreich)               |             | abgelehnt                                  |
|                                       | Spanien      | Waldbrände (portugiesische Grenze)       | Nachbarland | 1,331                                      |
|                                       | Malta        | Überschwemmung                           | größer      | 0,961                                      |
|                                       | Italien      | Überschwemmung (Friaul-Julisch-Venetien) |             | abgelehnt                                  |
|                                       |              |  |             |  |
| <b>2004</b>                           | Frankreich   | Überschwemmung                           | regional    | 19,625                                     |
|                                       | Spanien      | Überschwemmung (Malaga)                  |             | abgelehnt                                  |
|                                       | Spanien      | Waldbrände                               |             | in Bearbeitung                             |
| <b>Insgesamt gewährte Finanzhilfe</b> |              |  |             | <b>854,706</b>                             |



Frankreich: Säuberungsaktionen nach der Überschwemmung an der Rhône im Dezember 2003.

In der Kategorie „Katastrophen größeren Ausmaßes“ (mit über dem Schwellenwert liegendem Schadensvolumen) wurden nur fünf dieser Anträge angenommen: im Jahr 2002 die Überschwemmungen in Österreich, Deutschland und der Tschechischen Republik, 2003 die Waldbrände in Portugal sowie die Stürme und Überschwemmungen in Malta. Ein sechster Antrag, den Griechenland wegen der Auswirkungen eines extremen Winters stellte, entsprach nicht den Bedingungen und wurde daher abgelehnt. Ein weiterer Antrag betraf die Waldbrände in Spanien 2003 und wurde im Rahmen des Kriteriums „Nachbarland“ angenommen. Alle anderen zehn Anträge, die Mehrzahl also, fielen unter die Kategorie „regionale Katastrophen“. Der Untergang des Öltankers Prestige war von diesen die einzige Katastrophe nicht natürlicher Art.

Bei der Prüfung der Anträge erwies sich bald, dass bestimmte Schlüsselbegriffe der Verordnung der Interpretation bedürfen, um in der Praxis angewendet werden zu

können. In ihrem 2004 veröffentlichten Bericht<sup>(5)</sup> schildert die Kommission die verschiedenen Problemgegenstände und beschreibt die zur Gewährleistung einer gleichen und angemessenen Behandlung aller Anträge entwickelten Grundsätze.

Die Prüfung von Anträgen auf außerordentliche Mobilisierung des Fonds aufgrund des Kriteriums „außergewöhnliche regionale Katastrophe“ erwies sich dabei als am schwierigsten. Drei Bedingungen müssen vorliegen: (1) die Katastrophe muss „hauptsächlich“ natürlicher Art sein, (2) der Großteil der Bevölkerung der Region muss betroffen sein, und (3) es muss nachgewiesen werden, dass die Katastrophe schwere und dauerhafte Auswirkungen auf die wirtschaftliche Stabilität der Region hat.



Italien: Ätna, Ausbruch im Herbst 2002.

Schlussendlich fordert die Verordnung, abgelegene oder isolierte Gebiete besonders zu berücksichtigen.

Aus diesen Kriterien folgen eine Reihe von Konsequenzen. Insbesondere muss der Antrag stellende Staat genaue Angaben über die betroffene Region und die dort lebende Bevölkerung liefern und nachweisen, dass mindestens 50 % der Einwohner durch die Katastrophe einen persönlichen Schaden oder andere gravierende Nachteile erlitten haben. Verwaltungsgrenzen brauchen bei der Bestimmung des betroffenen Gebiets zwar nicht eingehalten werden (Katastrophen tun das auch nicht), das Gebiet muss allerdings zusammenhängend sein. Nicht möglich ist es deshalb, mehrere an verschiedenen Orten gelegene Schadensereignisse als eine Katastrophe zusammenzufassen. Die dem Fonds zugrunde liegende Intention erfordert es weiterhin, dass die Größe des betroffenen Gebiets oder die Zahl der betroffenen Bevölkerung im Kontext des betroffenen Landes signifikant ist; rein lokale Ereignisse, auf die das Kriterium „wirtschaftliche Stabilität“ nicht sinnvoll angewandt werden kann, sind somit ausgeschlossen. Das Vorliegen „schwerer und dauerhafter Auswirkungen auf die Lebensbedingungen“ sollte anhand von Umständen wie etwa länger andauernder Unterbringung in Notunterkünften, längerer Nichtverfügbarkeit normaler Infrastrukturen (Wasser, Energie, wichtige Verkehrsinfrastrukturen, Telekommunikation usw.) und die dauerhafte Gefährdung der Gesundheit nachgewiesen werden. Dauerhaft heißt, dass mit einem Andauern der Situation während nicht viel weniger als einem Jahr gerechnet wird. Die „abgelegene oder isolierte Lage“ der betroffenen Region stellt an sich kein Kriterium dar, Anträge, die zentraler gelegene Regionen

betreffen, müssen jedoch besonders schwer wiegende Gründe geltend machen, um anerkannt zu werden.

Nur, wenn all diese Voraussetzungen erfüllt sind, gilt eine Katastrophe als „außergewöhnlich“, weil sie aufgrund der Art oder des Ausmaßes der Schäden oder ihrer Auswirkungen auf die betroffene Region über das normalerweise zu erwartende Maß hinausgeht. Zwischen Dezember 2002 und September 2004 hat die Kommission nur sechs derartige Anträge als diesen Kriterien entsprechend anerkannt und in diesen Fällen die Mobilisierung des Fonds empfohlen. Vier andere Anträge wurden abgelehnt.



Wiederaufbau einer Brücke in Pilsen (Tschechische Republik).



Die Brücke über die Gard (Frankreich): Erster Schritt ist die Errichtung einer Schutzmauer mit Hilfe des SFEL.

<sup>(5)</sup> Siehe Fußnote 1.



## Erste Erkenntnisse

Intention und Konzeption des Solidaritätsfonds entspringen der Absicht der EU, ein Instrument bereitzustellen, das es ermöglicht, finanzielle Solidarität mit Mitgliedstaaten und Bewerberländern zu üben, die von so großen Katastrophen heimgesucht werden, dass sie deren Folgen aus eigener Kraft nicht bewältigen können. Unter diesen Umständen – und unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips – waren die Mitgliedstaaten bereit, außerhalb des Rahmens des normalen Gemeinschaftshaushalts Finanzmittel zu bereitzustellen.

Die fünf großen Katastrophen, für die der Solidaritätsfonds seit 2002 in Anspruch genommen wurde, haben gezeigt, dass er leistungsfähig ist und seine Aufgabe erfüllt. Allerdings würden einige verwaltungstechnische Verbesserungen und die Vereinfachung des Haushaltsverfahrens eine noch raschere Auszahlung der Zuschüsse erlauben.

Was die Fälle betrifft, die nicht in den hauptsächlichen Anwendungsbereich des Fonds fallen, muss die Bewertung differenzierter ausfallen.

Anträge auf Mobilisierung des Fonds für Katastrophen, die *unterhalb* des Schwellenwertes für „Katastrophen größeren Ausmaßes“ liegen, stellen die Mehrzahl dar und nicht die Ausnahme; die Prüfung der entsprechenden spezifischen Kriterien hat sich teils als schwierig herausgestellt und Verzögerungen verursacht.

Trotz dieser Schwächen und einer gewissen Kritik des Rates, dass die Kriterien nicht genügend streng angewendet worden seien, ist festzustellen, dass der Fonds auch für die Ausnahmefälle im Allgemeinen recht gut funktioniert hat. Trotz der klaren Hinweise auf die Grenzen des Fonds, lassen die jüngsten Anträge allerdings eine Tendenz erkennen, Finanzhilfe selbst für sehr kleine Katastrophen zu fordern. Es wird sich zeigen, ob diese Tendenz legislative Konsequenzen erforderlich macht.

## Wo geht die Reise hin?

In ihrem Bericht vom 26. Mai 2004 stellt die Kommission fest, dass es nach weniger als zwei Jahren noch zu früh ist, ein endgültiges Urteil über das Funktionieren des Fonds abzugeben und insbesondere, um tief greifende Änderungen der Verordnung vorzuschlagen, auch wenn einige Probleme bereits erkannt wurden.

Andererseits wird immer offensichtlicher, dass der Solidaritätsfonds und die verschiedenen anderen derzeit verfügbaren Gemeinschaftsinstrumente nicht ausreichen, um die Union in die Lage zu versetzen, auf alle eventuell eintretenden großen Krisenfälle, bei denen ein Vorgehen auf europäischer Ebene wünschenswert wäre, angemessen zu reagieren. Die Frage stellt sich beispielsweise bei Terroranschlägen, technologischen Großunfällen oder der Bedrohung der öffentlichen Gesundheit.

Derartige Überlegungen haben die Kommission dazu veranlasst, in ihre Mitteilung über die Finanzielle Vorausschau 2007-2013 <sup>(6)</sup> einen Vorschlag aufzunehmen, die auf europäischer Ebene bestehenden Maßnahmen und Instrumente sowie eine Reihe neuer oder ergänzender Initiativen im Rahmen eines einheitlichen Solidaritäts- und Krisenreaktionsinstruments zusammenzufassen. Dieses Instrument soll ein abgestimmtes Handeln der Union in Krisensituationen ermöglichen und Bürgerinnen und Bürger im Falle großer Katastrophen einer europäischen Strategie versichern. Es könnte auch Mittel zur Unterstützung von Terroropfern bereitstellen, Zivilschutzanforderungen berücksichtigen und auf Krisen im Bereich Gesundheitsschutz sowie die Folgen anderer Naturkatastrophen reagieren. Es gibt noch viel zu tun...

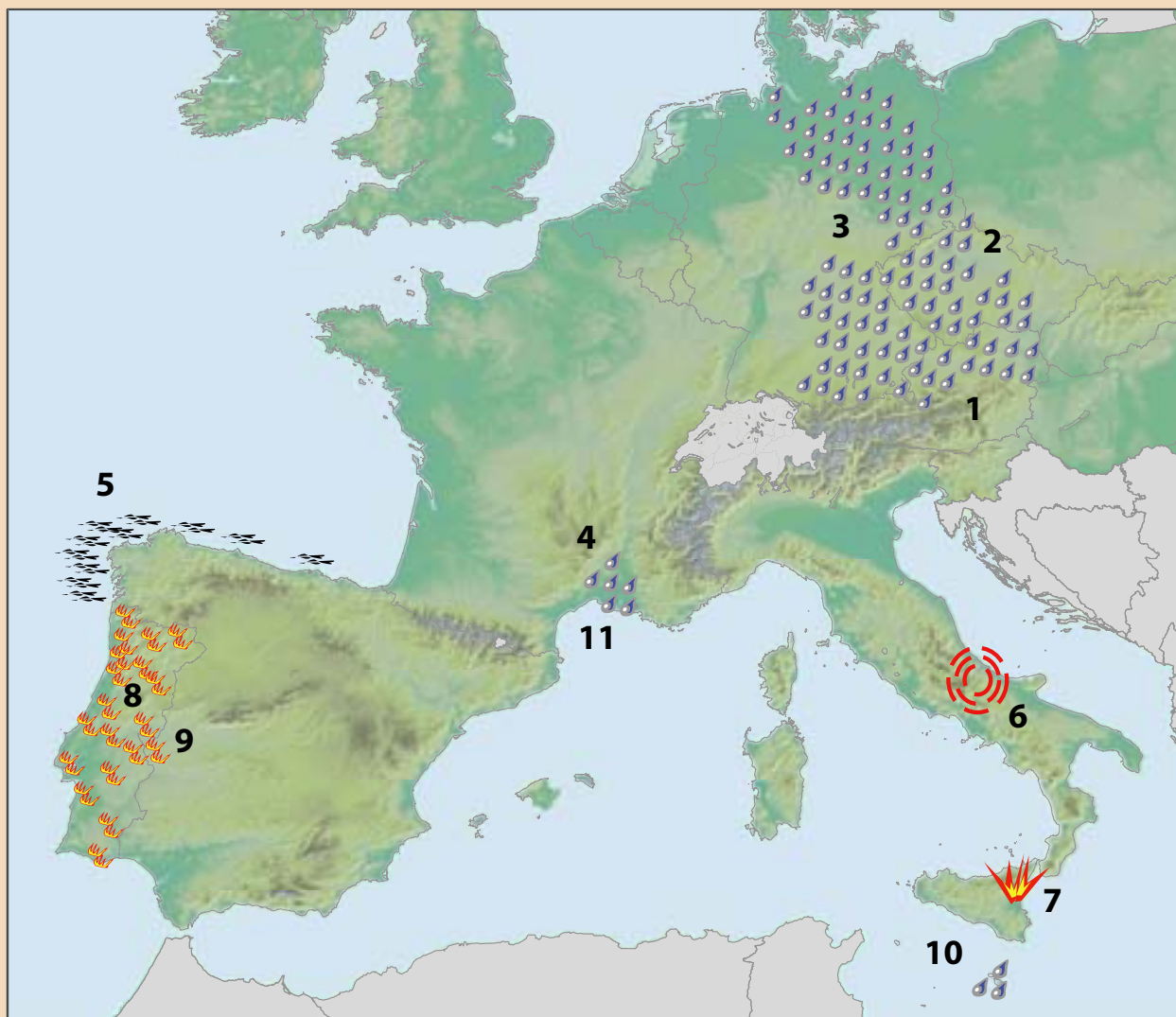


Ein durch den SFEU finanzierter provisorischer Schulkomplex für die Erdbebenopfer in San Giuliano in Apulien (Italien).

<sup>(6)</sup> Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Finanzielle Vorausschau 2007–2013, KOM(2004) 487 endgültig, 14. Juli 2004.



## Solidaritätsfonds der Europäischen Union (SFEU)



### Mobilisierung des SFEU zwischen November 2002 und September 2004

| 2002                    |                  | Mio. EUR | 2003             |                  | Mio. EUR | 2004          |                  | Mio. EUR |
|-------------------------|------------------|----------|------------------|------------------|----------|---------------|------------------|----------|
| 1 Österreich            | Überschwemmungen | 134,000  | 5 Spanien        | Ölpest           | 8626     | 11 Frankreich |                  |          |
| 2 Tschechische Republik | Überschwemmungen | 129,000  | 6 Italien        | Erdbeben         | 30,826   | (Rhône)       | Überschwemmungen | 19,625   |
| 3 Deutschland           | Überschwemmungen | 444,000  | 7 Italien (Etna) | Vulkanausbruch   | 16,798   |               |                  |          |
| 4 Frankreich (Gard)     | Überschwemmungen | 21,000   | 8 Portugal       | Brände           | 48,539   |               |                  |          |
|                         |                  |          | 9 Spanien        | Brände           | 1331     |               |                  |          |
|                         |                  |          | 10 Malta         | Überschwemmungen | 0,961    |               |                  |          |

## Der Solidaritätsfonds in Sachsen (Deutschland)

# Eine rasche und adäquate Reaktion auf die Hochwasserkatastrophe vom August 2002

von Ulrich Kraus <sup>(1)</sup>

**Die zügige Bereinigung der Situation in Sachsen, einer Region, die schwer unter den Überschwemmungen vom August 2002 gelitten hat, veranschaulicht deutlich die Zielsetzung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union: die Unterstützung beim raschen Wiederaufbau technischer und sozialer Infrastrukturen nach einer Katastrophe.**



Die Grimma-Hängebrücke vor und nach der Wiederherstellung aus Mitteln des SFEU.

Zwischen dem 10. und 19. August 2002 haben schwerste Niederschläge insbesondere im Einzugsbereich der oberen Elbe und ihrer Zuflüsse eine in dem Ausmaß ihrer Zerstörung bisher nie gekannte Hochwasserkatastrophe in Deutschland und hier vor allem im Freistaat Sachsen herbeigeführt. Enorme Niederschlagsmengen von teilweise mehr als 400 ml pro m<sup>2</sup> innerhalb von 24 Stunden führten dazu, dass am 12. August 2002 die Elbnebenflüsse des Erzgebirges zu reißenden Strömen anschwellen, die sich ihren Weg durch die engen Gebirgstäler bahnten und alles mitrissen, was sich ihnen in den Weg stellte. Dieser ersten sintflutartigen Zerstörungswelle folgte ca. fünf Tage später eine zweite Hochwasserwelle durch die Elbe, die infolge der enormen Wassermengen durch die Zuflüsse auf tschechischer und deutscher Seite am 17. August den historisch höchsten Pegelstand in Dresden in Höhe von 9,40 m erreichte und damit um 70 cm über dem bis dato jemals gemessenen Höchstpegelstand gelegen hat. Die Landeshauptstadt Dresden wurde am schwersten durch das Hochwasser betroffen.

Besonders tragisch ist der Tod von 20 Personen, die in Sachsen den Wassermassen zum Opfer fielen. Rund zwei Drittel der Landesfläche Sachsens waren durch die Hochwasserkatastrophe betroffen. Ungefähr 25 000 Häuser wurden beschädigt, davon 400 Totalschäden. Rund 740 km Straßen mit 466 Brücken und 20 % des sächsischen Schienennetzes wurden beschädigt oder zerstört. Etwa 10 % der sächsischen Krankenhäuser mussten evakuiert werden, 280 soziale Einrichtungen wie Altenheime, Pflegeheime usw. waren betroffen, zahlreiche Kultureinrichtungen und Baudenkmäler wie z. B. die weltbe-



kannte Semperoper oder der Dresdener Zwinger waren durch das Hochwasser massiv geschädigt. Knapp 12 000 gewerbliche Betriebe und Unternehmen mit rund 100 000 Arbeitskräften waren vom Hochwasser geschädigt und in ihrer Arbeit zum Teil lang andauernd und stark eingeschränkt.

Insgesamt wurden im Freistaat Sachsen mehr als 100 000 Schäden registriert. Die angemeldete Schadenssumme beläuft sich auf rund 8,7 Mrd. Euro. Davon wurden nach den Kriterien der aufgelegten Hilfsprogramme Schäden im Volumen von ca. 6,7 Mrd. Euro als grundsätzlich ausgleichsfähig anerkannt. Knapp eine Milliarde wird davon aus nichtöffentlichen Leistungen wie z. B. Versicherungsleistungen, Spendenmitteln, aber auch Eigenanteilen der Geschädigten finanziert. Zur Finanzierung der verbleibenden ca. 5,75 Mrd. Euro stehen öffentliche Mittel aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union und dem Aufbauhilfefonds der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von zusammen rund 4,8 Mrd. Euro zur Verfügung. Dies bedeutet, dass ca. 950 Mio. Euro ausschließlich für staatliche und kommunale Infrastruktureinrichtungen vom Freistaat und den betroffenen Kommunen selbst im Laufe der nächsten Jahre aufgebracht werden müssen, um die Schäden restlos zu beseitigen.

<sup>(1)</sup> Sächsische Staatskanzlei, Direktor der Leitstelle Wiederaufbau.



Noch während der Hochwasserkatastrophe wurde ein Wiederaufbaustab eingerichtet, der die erforderlichen Hilfsprogramme koordinierte. Zunächst war es wichtig, die Versorgung der Bevölkerung in den am schwersten betroffenen Regionen sicherzustellen und deren Erreichbarkeit auf dem Landwege wieder herzustellen. Zahlreiche Straßen, die das Hochwasser buchstäblich weggespült hatte, Brücken, Gas- und Wasserleitungen mussten zu diesem Zweck zunächst provisorisch wiederhergestellt werden.

Daneben galt es, das Ausmaß der Schäden sachgerecht zu ermitteln. Dazu verständigte man sich auf einheitliche Schadenskriterien, die für die finanzielle Beurteilung des entstandenen Schadens und der für einen nachhaltigen Wiederaufbau zu veranschlagenden Kosten zugrunde gelegt wurden. Dabei wurden nur so genannte unmittelbare, durch das Hochwasser verursachte Schäden, wie z. B. zerstörte Häuser, Betriebe oder Infrastruktureinrichtungen, in der Schadensbilanz berücksichtigt. Mittelbare Schäden, wie z. B. Einnahmeausfälle von Unternehmen usw., wurden nicht berücksichtigt, da diese nur sehr schwer zu erfassen sind. Mit der Ermittlung der direkten Schäden wurde eine Vielzahl von Gutachtern, die aus ganz Deutschland und teilweise darüber hinaus engagiert wurden, beauftragt.

Am 11. Dezember 2002 entschied die Europäische Kommission, sich an der Finanzierung von Nothilfemaßnahmen im Anschluss an die Flutkatastrophe vom August 2002 in der Bundesrepublik mit einer Finanzhilfe in Höhe von 444 Mio. Euro zu beteiligen. Am nächsten Tag wurde zwischen der Europäischen Kommission und der Bundesrepublik Deutschland die entsprechende Vereinbarung zur Umsetzung dieser Entscheidung geschlossen.

Durch die föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland waren für die Umsetzung des Solidaritätsfonds sowohl Behörden des Bundes als auch der betroffenen Bundesländer zuständig. Im Freistaat Sachsen waren an der Umsetzung des Solidaritätsfonds insgesamt drei verschiedene Verwaltungsebenen beteiligt. Verwaltungsbehörde für den Solidaritätsfonds war die Leitstelle für Wiederaufbau in der Sächsischen Staatskanzlei, die ressortübergreifend die Koordinierung und Durchführung der Finanzhilfen steuerte. Zu ihren wesentlichen Aufgaben zählten:

- > die Klärung grundsätzlicher Fragen mit dem Bund und der EU-Kommission;
- > die Erarbeitung von Verfahrensbestimmungen;
- > die Klärung grundsätzlicher Umsetzungsfragen mit den zuständigen Fachressorts und Bewilligungsstellen.

Der fachliche Vollzug der Intervention oblag den zuständigen Fachministerien. Zu ihren Aufgaben gehörten vor allem die fachliche Definition der aus dem Solidaritätsfonds finanzierten Maßnahmen sowie die ordnungsgemäße administrative Umsetzung der Intervention des SFEU und deren Kontrolle.

Der Gültigkeitsvermerk zum Abschluss der Intervention und die dafür erforderliche Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung der Mittel bei den Zuwendungsempfängern und den Bewilligungsstellen wurde durch die Unabhängige Stelle im Sächsischen Staatsministerium der Finanzen vorgenommen. Aufgrund der jahrelangen Erfahrungen dieser Einrichtungen im Strukturfondsbereich konnte diese Prüfung auf sehr effektive Weise durchgeführt werden.

Von den 265 Mio. Euro, die Sachsen aus dem SFEU erhielt, dienten ca. 60 % zur Finanzierung von Maßnahmen des Katastrophenschutzes und der Katastrophenbekämpfung während des Hochwassers. Dies betrifft insbesondere die Finanzierung der Hilfeinsätze. Darüber hinaus wurden die Kosten für die Evakuierung und vorübergehende Unterbringung der vom Hochwasser betroffenen Bevölkerung, ihre Verpflegung und medizinische Versorgung während und nach der Katastrophe aus Mitteln des Solidaritätsfonds finanziert, ebenso wie die Kosten für die unmittelbare Beseitigung der Flutschäden wie die Beräumung und fachgerechte Entsorgung und Deponierung angeschwemmten Treibgutes und Erdreiches sowie zerstörter Einrichtungen als Voraussetzung für die erste provisorische Wiederinstandsetzung der zerstörten Infrastruktur.

Circa 40 % der im Freistaat Sachsen eingesetzten Solidaritätsfondsmittel wurden für Sofortmaßnahmen zur unmittelbaren Gefahrenabwehr, Wiederherstellung zerstörter Infrastruktureinrichtungen an Straßen, Gewässern, Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen sowie zum Schutz des Kulturerbes verwandt. Beispielhaft sei hier das Gebäudeensemble am Dresdner Theaterplatz mit der Semperoper, dem Schloss und dem Zwinger erwähnt. Dieses Areal wurde bereits am 12. August 2002 durch die Fluten der Weißeritz innerhalb kürzester Zeit komplett unter Wasser gesetzt.

Durch die sehr zügig, teilweise noch während der Hochwasserkatastrophe eingeleiteten Sicherungs-, Aufräumungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen, die überwiegend aus Mitteln des Europäischen Solidaritätsfonds finanziert wurden, ist es im Freistaat Sachsen gelungen, die durch das Hochwasser verursachten Schäden nicht weiter ausufern zu lassen. Vor allem durch die beschleunigt durchgeführten Aufräumungsmaßnahmen konnten weitere Gefahren für die Bevölkerung, wie insbesondere das Ausbrechen von Seuchen und Epidemien, verhindert werden. Auch ist es gelungen, die am schwersten von der Katastrophe betroffenen Regionen, die vor allem im Bereich der engen Erzgebirgstäler der Zuflüsse der Elbe lagen, innerhalb weniger Tage wieder über öffentliche Straßen und Wege zu erreichen und innerhalb weniger Wochen die Verbindung zu den öffentlichen Versorgungsleitungen wie Gas und Wasser herzustellen. Daneben war es möglich, die Hochwasserschäden an kulturhistorisch bedeutsamen Einrichtungen innerhalb weniger Monate zu beseitigen und diese Einrichtungen einem vorwiegend auch internationalen Publikum wieder zur Verfügung zu stellen.

Ziel der sächsischen Staatsregierung war es, die Schäden, die das Hochwasser im August 2002 angerichtet hat, nach Möglichkeit bis Ende des Jahres 2004 weitestgehend zu beheben. Oberste Prämisse dabei war auch, den Wiederaufbau nachhaltig, d. h. so vorzunehmen, dass mögliche Schäden bei einem erneuten Hochwasser weitestgehend minimiert werden können. Um dieses Ziel zu realisieren, wurden auch gesetzliche Regelungen, wie z. B. das Sächsische Wassergesetz, angepasst. Heute, zwei Jahre nach dem schrecklichen Ereignis vom August 2002, lässt sich feststellen, dass das gesteckte Ziel bis Ende des Jahres 2004, soweit die Finanzmittel verfügbar sind, erreicht worden ist. Angesichts des Ausmaßes der Schäden war dies nicht immer selbstverständlich. Die Unterstützung des EU-Solidaritätsfonds hat sowohl materiell als auch im Hinblick auf die beschleunigte Schadensbeseitigung wesentlichen Anteil daran. Nicht zuletzt die Vorgabe, die Mittel des Solidaritätsfonds binnen eines Jahres zu verausgaben, hat dazu beigetragen, dass die Schadensbeseitigung nicht nur im Freistaat Sachsen sehr zügig umgesetzt wurde.

## Tschechische Republik

# Die Umsetzung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union in der Tschechischen Republik



**Dominika Heřtová**, Programmleiterin, Zentrum für Auslandshilfe, Finanzministerium der Tschechischen Republik

In der Tschechischen Republik haben im August 2002 außergewöhnlich intensive Regenfälle zu einer verheerenden Hochwasserkatastrophe geführt. Neun der vierzehn Regionen des Landes waren von diesen Überschwemmungen betroffen. Dabei sind 17 Menschen umgekommen und 200 000 mussten evakuiert werden. Insgesamt sind 6 % des tschechischen Territoriums vollkommen überschwemmt worden. Die Gesamtkosten der Schäden wurden auf über 2,3 Mrd. Euro geschätzt.

Dank der Europäischen Kommission, die mit der Errichtung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union (SFEU) sehr rasch auf die Katastrophe reagiert hat, kamen die betroffenen tschechischen Regionen praktisch umgehend in den Genuss einer im Dezember 2002 gewährten Finanzhilfe. Das Zentrum für Auslandshilfe des Finanzministeriums wurde mit der Verteilung betraut, während die Endempfänger (Städte, Regionen und verschiedene nationale Stellen, Vereinigungen, von der Energieerzeugung und -verteilung abgeschnittene Unternehmen usw.) für die Einschätzung der zuschussfähigen Kosten verantwortlich waren.

Die Finanzhilfe wurde zunächst für den dringenden Wiederaufbau der sanitären Infrastrukturen verwendet, da die Kosten für die Notunterkünfte der Evakuierten und die Reparatur der Wasser- und Energieversorgung unbedingt gedeckt werden mussten. In den Städten dienten die Zuschüsse vor allem der Reinigung und Trocknung von Gebäuden und der Abfuhr von Schlamm und Müll, während sie in den ländlichen Gebieten zur Finanzierung von Aufräumarbeiten und Reparaturen und die vorübergehende Befestigung der Flusssufer verwendet wurden.

Neben diesen Notmaßnahmen wurde ein erheblicher Teil des SFEU-Zuschusses der Erneuerung von Verkehrsinfrastrukturen gewidmet, angefangen mit dem Nahverkehr, Brücken, Bürgersteigen und Schienenwegen. Für die Wiederherstellung der Städte und die Aufbereitung von Trink- und Abwasser wurden beträchtliche Mittel zugewiesen.

Die Maßnahmen wurden in allen von den Überschwemmungen 2002 betroffenen Regionen ähnlich durchgeführt. Der SFEU hat jedoch auch eine Reihe spezifischer Maßnahmen unterstützt. Beispielsweise wurden zur Rettung der Gedenkstätte Theresienstadt 3 169 371 Euro bereitgestellt. Diese einmalige Festung sollte gerettet werden, indem das alte Abflusssystem gereinigt und elementare Reparaturen durchgeführt werden. Ein weiterer Betrag in Höhe von 466 099 Euro ermöglichte die Rettung historischer Archive und anderer wertvoller Dokumente, die die Überschwem-

mungen nicht heil überstanden hatten. Nach der Katastrophe musste man die Archive sofort einfrieren, um ihren weiteren Verfall zu verhindern. Die Arbeiten – Auftauen, Desinfizieren und Trocknen – waren, da sie nur schrittweise durchgeführt werden konnten, äußerst kostspielig. Dank der Finanzhilfe des SFEU konnte ein Teil der damit verbundenen Ausgaben gedeckt werden.

Die Landeshauptstadt Prag (einschließlich ihres historischen Stadtkerns) und die Region Mittelböhmen waren am stärksten von der Hochwasserkatastrophe betroffen. Die Stadt Prag hat einen Betrag von insgesamt 60 187 314,50 Euro erhalten. Mit diesen Mitteln wurde die Wiederherstellung von Wohnungen und des öffentlichen Nahverkehrs finanziert, insbesondere die Reinigung und Trocknung der überschwemmten U-Bahn-Stationen. Der Großteil der Prag gewährten Finanzhilfe diente der Restaurierung des Kulturerbes und der Gesundheitsvorsorge; die restlichen Mittel wurden für den Bildungsbereich, die Sanierung städtischer Grünflächen und den Prager Zoo verwendet. Für die Reinigung und Instandsetzung des Stadtviertels Karlin, das am stärksten beschädigt worden war, wurde ein Sonderzuschuss gewährt.

## Prävention

Die Überschwemmungen im August 2002 waren von außergewöhnlicher Stärke. Bis sich derartige Bedingungen wiederholen, dürften schätzungsweise 500 bis 1000 Jahre vergehen. Es ist unmöglich, für solche Extremfälle, ausreichende Vorsichtsmaßnahmen zur Verhütung aller denkbaren Schäden zu ergreifen. Im Anschluss an die Hochwasserkatastrophe im Jahr 2002 wurden die bisher getroffenen Maßnahmen analysiert. Die daraus gezogenen Schlüsse und Empfehlungen werden derzeit auf nationaler und regionaler Ebene in das Hochwasserschutzsystem integriert. Im Übrigen wurde die Möglichkeit, dass die Strukturfonds Maßnahmen zur Verhütung von Überschwemmungen finanzieren, im Gemeinschaftlichen Unterstützungsrahmen für die Tschechische Republik und dem Einzi-gen Programmplanungsdokument für die Region Prag berücksichtigt.

Die Umsetzung des SFEU in der Tschechischen Republik wurde im Januar 2004 abgeschlossen. Der Beitrag des SFEU hat den tschechischen Regionen geholfen, mit den Folgen der Überschwemmungen von August 2002 fertig zu werden. Alle Akteure haben die Unterstützung als Beispiel für die Solidarität und das rasche Eingreifen der Europäischen Union empfunden.

**Kontakt:** Dominika.Hertova@mfcz.cz



### MALTA

#### Hilfe für Malta und Gozo



**Gesamtkosten:** 30 172 291 EUR  
**EU-Beitrag:** 961 220 EUR

„Zwischen dem 15. und 17. September 2003 wurde der maltesische Archipel von sehr heftigen Stürmen und schweren Niederschlägen heimgesucht, die Überschwemmungen und erhebliche materielle Schäden verursachten. Der Zuschuss, den die Europäische Union über ihren Solidaritätsfonds zugewiesen hat, trägt zur Deckung der Kosten für folgende Maßnahmen bei: Reinigung und Reparatur der Wasserleitungen; Instandsetzung des Energieversorgungsnetzes; Reparatur des Straßennetzes; strukturelle Arbeiten für die Befestigung bestimmter öffentlicher Gebäude; Ausbaggern und Abfuhr von Schutt, der die Wasserläufe verstopft; Hilfsmaßnahmen; Schutz und Restaurierung des Kulturerbes und von Kulturstätten.“

**Marlene Bonnici**, Generaldirektorin, Koordination der Programmplanung und der Förderschwerpunkte  
[info.ppcd@gov.mt](mailto:info.ppcd@gov.mt) (<http://ppcd.gov.mt>)

### FRANKREICH

#### Rhône: Opferhilfe und Hochwasserverhütung



**Gesamtkosten:** 870 000 000 EUR  
**EU-Beitrag:** 19 625 000 EUR

„Im März 2004 wurden umgehend Mittel aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union bereitgestellt, um die Reparatur der nicht versicherten Schäden zu decken, die durch die Hochwasserkatastrophe von Dezember 2003 im Rhône-Delta, in den Regionen Languedoc-Roussillon und Provence-Alpes-Côte d'Azur, verursacht wurden. Der Fluss hatte zu diesem Zeitpunkt seinen höchsten Stand seit Beginn der Messung der Wasserführung der Rhône erreicht. Der europäische Zuschuss traf im Juni 2004 ein und wurde zur Deckung der Kosten für die Notfallinterventionen (Opferhilfe) verwendet und insbesondere für die Instandsetzung der Hochwasserschutzbauten. Dabei wurde ein kohärenter, globaler Plan verfolgt, der auf das Hochwassermanagement im gesamten Rhône-Becken, also vom Genfer See bis zum Mittelmeer, abzielt. Diese Arbeiten sind im Gange; Schutzbauten werden wieder hergestellt, so dass man den mit dem Winter einhergehenden Hochwasserrisiken entgegen sehen kann.“

**Frédéric Dohet**, stellvertretender Generalsekretär für regionale Angelegenheiten, Präfektur der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur  
[Frederic.DOHET@paca.pref.gouv.fr](mailto:Frederic.DOHET@paca.pref.gouv.fr)

### ÖSTERREICH

#### Instandsetzung der Infrastrukturen



**Gesamtkosten:** 194 000 000 EUR  
**EU-Beitrag:** 134 000 000 EUR

„Die Flutkatastrophe vom August 2002 führte zu massiven Zerstörungen im Bereich der öffentlichen Infrastruktur. Die Gesamtschäden aus der Katastrophe wurden mit rund 2,9 Mrd. Euro beziffert. Hauptsächlich betroffen waren Oberösterreich, Niederösterreich und Salzburg. Der Zuschuss aus dem EU-Solidaritätsfonds in der Höhe von 134 Mio. Euro wurde zu rund 60 % zur kurzfristigen Wiederherstellung der Verkehrsinfrastruktur (Schienen, Wasserstraßen, Straßen) und zu rund 35 % zur Sicherung flussbaulicher Einrichtungen eingesetzt. Die restlichen Mittel wurden in den Bereichen Wasser- und Energieversorgung, Telekommunikation, Schulen und Säuberung von Naturräumen verwendet.“

**Siegfried Jachs**, österreichisches Innenministerium  
[siegfried.jachs@bmi.gv.at](mailto:siegfried.jachs@bmi.gv.at)

### SPANIEN

#### Entsorgung nach der Prestige-Ölpest



**Gesamtkosten:** 12 600 000 EUR  
**EU-Beitrag:** 8 626 000 EUR

„Zum Nationalpark der Atlantikinseln von Galizien gehören mehrere Archipele (Ons, Cies und Salvora) und die Meeresböden der sie umgebenden Kontinentalplattform. Dieser ungeheuer reiche und vielfältige Naturraum, der zahlreiche Vögel und Unterwassertiere und -pflanzen beherbergt, war von der durch den Untergang des Öltankers Prestige im November 2002 verursachten Ölpest unmittelbar betroffen. Um die Kohlenwasserstoffe zurückzugewinnen und die verschmutzten Gebiete zu reinigen, wurde ein Notfallsystem eingerichtet, das sämtliche Mitarbeiter des Netzes der spanischen Nationalparks mobilisiert hat. Ungefähr 10 000 Hektar Küste und Meeresboden wurden manuell gesäubert. Verschiedene experimentelle Methoden wie Hydro-Reinigung und Biosanierung wurden zunächst erprobt und dann auf die gesamte in Mitleidenschaft gezogene Küste ausgedehnt. Diese Anstrengungen hat die Europäische Kommission gewissermaßen belohnt, als sie am 15. Dezember 2003 eine Intervention des Solidaritätsfonds in Höhe von 8 626 000 Euro genehmigte.“

**Jesús Casas**, Direktor für Planung und technische Durchführung, autonomes Nationalparkamt  
[jesus.casas@oapn.mma.es](mailto:jesus.casas@oapn.mma.es)

## Portugal

# Die Reaktion des SFEU auf die Waldbrände des Sommers 2003 in Monchique

**Carlos Tuta**, Vorsitzender der Gemeinde Monchique, Mitglied des Ausschusses der Regionen



Monchique (5400 Einwohner) unterscheidet sich von anderen Gemeinden der Algarve dadurch, dass sie keine Küsten, dafür aber große Waldflächen besitzt. Auf dem bergigen Territorium der Gemeinde befindet sich der höchste Punkt der Algarve – der Fóia (903 m). Dieses Berggebiet ist eine echte

Bereicherung des touristischen Angebots dieser Region. Der Tourismus ist übrigens der wichtigste Wirtschaftssektor. Die anderen Ressourcen sind die Tierzucht (hauptsächlich Schweine) und die Forstwirtschaft (in erster Linie Eukalyptus).

Im Laufe des Sommers 2003 wurde die Gemeinde von heftigen Waldbränden heimgesucht, die sich über 82,5 % ihres Gebiets erstreckten und land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Zuchthöfe, Anlagen und Infrastrukturen in Schutt und Asche legten. Die Liste der Schäden umfasst 79 zerstörte Häuser, darunter 44 Hauptwohnsitze und mehrere Zuchtbetriebe, die oftmals mitsamt dem Vieh den Flammen zum Opfer fielen.

Was das Naturerbe anbelangt, haben die Brände große Eukalyptus-, Korken-, Kastanien- und Pinienplantagen und umfangreiche, mit Gestrüpp und den lokal typischen Erdbeerbäumen bewachsene Gebiete zerstört. In anderen Zonen sind vor allem Garten- und Obstbauflächen den Flammen zum Opfer gefallen.

Die Katastrophe hat nicht nur das Naturerbe und die Gebäude beschädigt, sondern überdies langfristig sehr negative Folgen für die Bergwirtschaft der Algarve und in einigen Regionen sogar für die ohnehin schon geringe Bevölkerungszahl.

Zahlreiche Schäden waren auch bei öffentlichen Infrastrukturen zu verzeichnen; dies gilt für Straßen- und Wassernetze ebenso wie für die Wasserversorgung und Abwasserklärung. Die Brände haben Verkehrsschilder und die Bodensignalisierung auf Straßen und Wegen zerstört, die Schuttmassen Abflussgräben, Rinnsteine und andere Wasserleitungen verstopft.

Bei abgeschnittenen Zufahrten, verstopften Abflüssen und Wasserleitungen, beschädigten oder verschwundenen Verkehrsschildern musste die Gemeinde eingreifen, um für die Einwohner wieder

eine annehmbare Lebensumgebung zu schaffen und künftigen Risiken vorzubeugen.

Da den Gemeindeverwaltungen die nötigen Mittel zur Durchführung dieser Reparaturen fehlten, beantragten sie beim Solidaritätsfonds der Europäischen Union (SFEU) Zuschüsse für mehrere Vorhaben: Reinigung und Öffnung von Wasserwegen, Wiederinstandsetzung und Reinigung land- und forstwirtschaftlicher Wege, Wiederherstellung der Straßenbeschilderung auf den wichtigsten betroffenen Abschnitten und die Reparatur anderer öffentlicher Anlagen, die beschädigt wurden.

Die Kosten für die vorgeschlagenen Interventionen waren auf 2 714 102,84 Euro geschätzt worden. Sie wurden ausnahmslos akzeptiert. Im Oktober 2004 waren ungefähr 60 % der Arbeiten vollendet, die anderen Projekte befanden sich zu diesem Zeitpunkt entweder in der Phase der Auftragsvergabe oder standen am Anfang der Durchführung.

Die Verwirklichung der vom SFEU finanzierten Maßnahmen wird den Einwohnern erlauben, wieder zu einem normalen Leben zurückzukehren, nicht nur dank der Reparatur der materiellen Schäden, sondern auch deshalb, weil diese Finanzhilfe die Probleme und Verluste, die sie erlitten haben, mildert und sie so gewissermaßen dazu anspornt, die Folgen der Katastrophe zu vergessen und den Blick in die Zukunft zu richten.

**Kontakt:** [presidente@cm-monchique.pt](mailto:presidente@cm-monchique.pt)

**Website:** <http://www.cm-monchique.pt>





Frankreich: Der SFEU bewährt sich als Retter in der Not

## Tatkräftige Hilfe für den Gard

Auch das Département Gard, das gleich zwei Mal von schweren Überschwemmungen heimgesucht wurde, erhielt eine Finanzhilfe vom Solidaritätsfonds der Europäischen Union (SFEU). Hier wurden nicht nur die beträchtlichen Schäden an Infrastrukturen, Schulen, Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen wieder instand gesetzt, sondern auch Maßnahmen ergriffen, um das Gebiet besser zu schützen und Naturkatastrophen wirksamer vorzubeugen. Alles in allem wurden 115 Teilaktionen durchgeführt. Angesichts der kurzen Umsetzungsfristen, die einzuhalten waren, ist das eine verwaltungstechnische Glanzleistung. Ein Besuch bei SFEU-Pionieren.



In Sommières hat das Vidourle-Hochwasser die erste Etage der Wohnhäuser erreicht.

„Der SFEU bringt's!“, freut sich Jean-Pierre Hugues. „Eine Finanzspritze von 21 Mio. Euro innerhalb von acht Monaten, das ist für die Wirtschaft eine enorme Hilfe!“ Monsieur le Préfet <sup>(1)</sup> weiß genau, wovon er spricht: Im Laufe von zwei Jahren musste er zwei Mal hintereinander die Umsetzung des Solidaritätsfonds in seinem Département koordinieren.

Zwischen dem Zentralmassiv, dem Mittelmeer und der Rhône gelegen und von reißenden Wasserläufen durchquert, ist das Département Gard (Languedoc-Roussillon) besonders anfällig für Überschwemmungen. Am 8. und 9. September 2002 wurde dieses Gebiet von sintflutartigen Regenfällen heimgesucht, ausgelöst durch ein Phänomen, das französische Meteorologen als „épisode cévenol“ bezeichnen: In den Bergen der Cevennen, die den Nordgürtel des Départements bilden, entstehen heftige Stürme, die anschließend Riesennengen an Wasser in sehr hohem Tempo zu den Küstenebenen treiben. Die Regenfälle sind manchmal derart plötzlich und gewaltig, dass weder die Flutbetten noch die im Laufe der Jahrhunderte errichteten Däm-

me den enormen Wassermassen standhalten können. Derartige „Episoden“ sind am Ende des Sommers keine Seltenheit, aber die Regenfälle im September 2002 haben den höchsten Stand seit Bestehen entsprechender Messungen erreicht und zu Überschwemmungen mit außergewöhnlich dramatischen Folgen geführt: 23 Tote, 300 (von 353) Gemeinden in unterschiedlichem Maße betroffen, materielle Schäden in Höhe von schätzungsweise 830 Mio. Euro...

„In Alès ist mir die enorme Bedeutung der Verkehrsverbindungen erstmals richtig bewusst geworden“, erzählt Samuel Glairon-Rappaz von der Abteilung für Raumordnung und lokale Entwicklung der Präfektur des Gard. „Es ist schon sehr beeindruckend, im 21. Jahrhundert in Frankreich eine Stadt mit 50 000 Einwohnern zu sehen, die vollkommen von der Welt abgeschnitten ist!“ Tatsächlich war der Großraum Alès, nachdem der Gardon ebenso plötzlich wie heftig über die Ufer getreten war und alle Verkehrsinfrastrukturen – einschließlich Straßen und Mobilfunkantennen – durch die

<sup>(1)</sup> In Frankreich wird der Staat in jedem der 100 „Départements“, aus denen sich das Land zusammensetzt, durch einen „préfet“ vertreten.

Überschwemmung beschädigt worden waren, vierundzwanzig Stunden lang völlig isoliert.

*„Es war am 9. September, um 6.30 Uhr morgens... Der Gardon stand einen Meter über dem Brückengeländer“, erinnert sich François Saix, der Direktor der Klinik Bonnefon, einer Einrichtung mit 200 Betten im Stadtzentrum von Alès. „Plötzlich drang durch die Eingangshalle eine riesige Wasserwelle ein! Zum Glück ist es um diese Uhrzeit passiert, wo sich noch kein einziger Patient im OP-Block befand, denn der lag im Kellerge-schoss! Die Kranken hätten nicht die geringste Chance gehabt... Ein paar Mitarbeiter waren in dem Moment dort, und sie hatten gerade noch Zeit, sich in Sicherheit zu bringen, bevor das Wasser alles verschlang!“*



Der provisorische Aufbau auf dem Dach des Bonnefon-Krankenhaus dient zur Wiedereinrichtung des OP.

Der Gard, der nur wenige Wochen nach Deutschland, der Tschechischen Republik und Österreich von verheerenden Überschwemmungen heimgesucht wurde, gehörte zu den ersten Begünstigten des SFEU, der am 11. November 2002 errichtet wurde. Auf den Tag einen Monat später, am 11. Dezember 2002, entschied die Europäische Kommission, Frankreich im Rahmen des SFEU einen Zuschuss von 21 Mio. Euro zur Finanzierung von Nothilfemaßnahmen im Gard zu gewähren. Insgesamt konnten dank der Fondsmittel 115 Maßnahmen, deren Kosten zwischen zweitausend und über zwei Mio. Euro variierten, finanziert werden.

## Überleben

Gemäß den Bestimmungen des SFEU dienten die Gelder in erster Linie zur Wiederinstandsetzung der Infrastrukturen. Im Gard wurden 4,5 Mio. Euro für die Wiederherstellung der Wasser- und Transportsysteme und 6,3 Millionen für Gesundheits- und Bildungseinrichtungen aufgewendet.

In Alès zum Beispiel hatte die Klinik Bonnefon Schäden in Höhe von 5,4 Millionen zu verzeichnen. Die Versicherungen haben vier Fünftel dieser Summe übernommen, aber es blieb noch ein Verlust von einer Million Euro auszugleichen. Daher war die Finanzhilfe des SFEU (783 382 Euro) mehr als willkommen. Dank eines umgehenden Vorschusses von 15 % Anfang 2003 war es möglich, die Versorgungsstrukturen in provisorischen Gebäuden wieder einzurichten und die chirurgischen Dienste, darunter auch der OP-Block, in den oberen Etagen unterzubringen.

Der Solidaritätsfonds ergänzt die anderen öffentlichen Zuschüsse, gleicht die Mängel privater Entschädigungen aus, stellt aber darüber hinaus auch diese kleinen „Extras“ bereit, die den Unterschied ausmachen, vor allem in Sachen Prävention. „Die 311 000 Euro vom SFEU haben uns erlaubt, nicht nur die Schäden schnell zu beheben, sondern außerdem auch gewisse

Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen, wie das Anbringen von Dichtungsbahnen oder eine Vorrichtung, die den Betrieb der Stromanlagen sicherstellt“, unterstreicht Jean-Louis Tetu, der stellvertretende Leiter des Krankenhauszentrums von Alès (600 Betten), das von den Überschwemmungen ebenfalls schwer betroffen war. „All diese Investitionen wären uns ohne den Fonds nicht möglich gewesen“, betont Michel Gil, der Finanzdirektor dieses Krankenhauses, das einer Bevölkerung von 120 000 Personen zur Verfügung steht.

Der Bildungssektor erhielt 2,8 Mio. Euro. Zahllose Kinderkrippen, Schulen, Gymnasien und andere Lehrinrichtungen im Gard wurden vom Solidaritätsfonds unterstützt. In Bagnols zum Beispiel bekam das medizinisch-pädagogische Institut „Les Hamelines“ knapp 270 000 Euro zur Instandsetzung seiner größtenteils von der Cèze überschwemmten Räume. „Ohne Europas Intervention hätten wir diesen wunderbaren Ort endgültig aufgeben und uns anderswo niederlassen müssen, Gott allein weiß wo und wann“, erklären wie aus einem Munde Yves Abad und Jean-Claude Tichadou, der Direktor bzw. Vorsitzender dieses Zentrums für Jugendliche in Krisensituationen.

Wer den Empfängern vor Ort begegnet, begreift schnell, dass der Solidaritätsfonds erlaubt, Strukturen zu retten, die ebenso nützlich wie notwendig sind, aufgrund ihrer beschränkten Mittel eine solche Katastrophe jedoch nicht überleben können. Ohne den SFEU wären beispielsweise Jahre geduldiger Sozialarbeit zunichte gemacht worden. Alles andere als ein „humanitärer Fonds für Reiche“, wie manche glauben könnten, ist der Solidaritätsfonds vielmehr ein echtes Instrument für den Wiederaufbau.

## Gard-Brücke

„Ohne den SFEU wäre die Brücke noch lange in dem Zustand geblieben, in den die Gardon sie gebracht hatte“, meint Bernard Pouverel, Verwaltungsleiter der Gard-Brücke. „Man hätte halt das Nötigste gemacht, der Bau wäre anfällig geblieben, auch wenn die nächste Überschwemmung nur eine Frage der Zeit ist.“ Für diese am viert häufigsten besuchte archäologische Stätte von Frankreich (1,4 Millionen Besucher pro Jahr) wurden beträchtliche Mittel bereitgestellt: Investitionen in Höhe von 2,2 Mio. Euro und damit das ehrgeizigste Einzelprojekt des Solidaritätsfonds im Gard.

Für diese kulturelle Hochburg von internationaler Ausstrahlung, Wanderziel, beliebter Badeort für die lokale Bevölkerung und das höchste bisher bekannte römische Aquädukt wurden umfangreiche Erschließungsmaßnahmen durchgeführt: 9,833 Mio. Euro, vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) bereitgestellt, haben es möglich gemacht, die Stätte mit einem Museum, einer Cafeteria und einem „kontrollierten“ Geschäftsbereich auszustatten, etwas abseits Parkzonen anzulegen und sie so gleichzeitig zu erschließen und besser zu schützen. „Und genau in dem Moment, wo all das langsam anfang zu funktionieren, musste natürlich die Gardon über ihre Ufer treten!“, bedauert Bernard Pouverel.

Die Intervention des Solidaritätsfonds betraf also im Wesentlichen zwei Punkte: 1,36 Mio. Euro dienten dazu, die Gardon über eine Distanz von 400 m einzudämmen, und 840 000 Euro wurden in ein befestigtes Freizeitgelände investiert, das die alten Terrassen ersetzt, die der Fluss mit sich gerissen hat. „Es kam darauf an, das Eisen zu schmieden, solange es heiß war“, fährt der Direktor fort. „Danach wäre es schwierig gewesen, auf die Schnelle 1,3 Mio. Euro für den Wiederaufbau der Damm-mauer aufzutreiben. Und es traf sich, wenn ich so sagen darf, auch sehr gut, dass die Bautrupps noch an Ort und Stelle damit beschäftigt waren, die gemeinsam mit dem EFRE finanzierten



*Arbeiten fertigzustellen. Außerdem hat der SFEU die Durchführung der Reinigungsmaßnahmen beschleunigt.“*

Die Sicherung der zur Prävention dienenden Infrastrukturen und der direkte Schutz des Kulturerbes sind ebenfalls ein wesentlicher Teilbereich des Fonds. Im Gard wurden für die Beseitigung des Schutts, der die Flüsse verstopfte, und die Reinigung der Flussbetten 5 Mio. Euro und für die Sanierung und – umweltfreundliche – Gestaltung von Dämmen und Sperrmauern weitere 2,1 Millionen mobilisiert. Die Umsetzung dieses Teilbereichs des SFEU wurde durch die Anwesenheit interkommunaler Lenkungsausschüsse für die Flussbecken-Planung („syndicats intercommunaux de bassin“), die für die Verwaltung der gesamten Problematik jeweils eines Einzugsgebiets verantwortlich waren, erheblich vereinfacht.

## Labor

*„Man kann sagen, dass der SFEU zwei Arten von Stakeholdern zugute gekommen ist“, erklärt Chantal Dumontel, Leiterin der staatlichen Maßnahmen bei der Präfektur des Gard. „Natürlich den ‚offiziellen‘ Endempfängern, aber auch allen staatlichen Stellen, die, um in puncto Verwaltung für die nötige Flexibilität zu sorgen, neue Wege beschreiten und die Methoden manchmal geradezu revolutionieren mussten. Diesbezüglich hat sich der Solidaritätsfonds als echtes Labor guter Praktiken erwiesen.“*

Die 21 Mio. Euro, die der Gard am 26. Dezember 2002 als SFEU-Zuschuss erhielt, wurden zwischen März und Dezember 2003 vollständig verbraucht, ganz im Einklang mit der Verpflichtung, die vom Solidaritätsfonds bereitgestellten Mittel innerhalb eines Haushaltsjahres auszugeben. Diese äußerst kurze Frist erfordert blitzschnelle Reaktionen und kompetente Partnerschaften. Der SFEU hat also den verschiedenen öffentlichen Akteuren (Staat, Region, Departementsversammlung, Gemeinden), aber auch den betroffenen privaten Auftraggebern und Unternehmen keine andere Wahl gelassen, als sehr eng zusammenzuarbeiten.

Die Reparatur der rund zehn Kilometer flussaufwärts von der Gard-Brücke gelegenen Saint-Nicolas-Brücke – mit dem Ziel, sie wieder genau in ihren ursprünglichen Zustand zu versetzen – ist ein bemerkenswertes Beispiel für die Synergien, die der Solidaritätsfonds gewissermaßen erzwungen hat. Trotz ihrer 19 Meter hohen Bögen wurde diese aus dem 13. Jahrhundert stammende Brücke, die über die Gardon-Schlucht führt, im September 2002 um 2,70 Meter überflutet – an diesem Punkt hatte das Flusswasser fast 22 Meter Höhe erreicht! Der gesamte obere Teil der Brücke wurde zerstört. Da es sich um eine strategisch wichtige Straßenbrücke handelt, die noch dazu für die Bevölkerung des Gard hohen Symbolwert hat, wurde beschlossen, die Brücke mit größter Sorgfalt und Respekt vor diesem unschätzbar wertvollen Kulturerbe wieder aufzubauen. „Wegen der knappen Zeitvorgabe haben wir gezögert, den SFEU in Anspruch zu nehmen“, sagt Michel Ravet, Leiter der Abteilung für Raumordnung und lokale Entwicklung der Präfektur des Gard. „Alles musste vor November 2003 fertig sein, es blieben also höchstens acht Monate. Es war eine richtige Herausforderung; wir haben auf Sieg gesetzt und gewonnen.“ In der Tat: Innerhalb von fünf Monaten hatten alle rund um die Pont Saint-Nicolas vereinten Geldgeber, Förderer und Bauunternehmer sich beraten, verhandelt, den Auftrag vergeben und erfolgreich ein Bauvorhaben zu Ende geführt, bei dem „hunderte von Steinen nach Maß behauen werden mussten, da jeder eine andere Form oder Größe hatte“, betont der Ingenieur Claude Cap, der mit der Leitung der Arbeiten betraut war. Um die Probleme zu veranschaulichen, hat er auch gleich die Pläne zur Hand.



Die Saint-Nicolas-Brücke: zerstört durch die Fluten (oben) und identisch wieder aufgebaut (unten).



## „Marshall-Plan“

*„Wir haben uns für Projektträger entschieden, die genug Kapazität hatten, um die Gelder in einem Jahr zu verbrauchen“, erklärt der Präfekt Jean-Pierre Hugues. „Anschließend waren wir für alle die ‚einzige Anlaufstelle‘, und wir haben eine sehr partnerschaftliche Verwaltungsmethode angewendet, basierend auf einem Büro für den Wiederaufbau, wöchentlichen Planungsausschüssen, monatlichen Beobachtungsausschüssen usw. Was die Dinge erheblich erleichtert hat, ist die Tatsache, dass die Bestimmungen des SFEU viel einfacher und flexibler sind als die des EFRE. Der SFEU hat einen Ansatz wie der ‚Marshall-Plan‘, sehr wirkungsvoll. Und diese äußerst kurze Frist, gewissermaßen mit Verfalldatum, ist natürlich ganz besonders motivierend, um Energien zu mobilisieren.“*

Im Dezember 2003 wurde der Gard erneut von Überschwemmungen heimgesucht, doch diesmal handelte es sich um Hochwasser der Rhône. Der Fluss ist zwei Wochen lang über die Ufer getreten, an den äußersten Grenzen der Departements Gard, Vaucluse und Bouches-du-Rhône. 26 Gemeinden waren betroffen. Die gute Verwaltung der SFEU-Mittel 2002 mag der Entscheidung zuträglich gewesen sein, im Anschluss an diese zweite Katastrophenwelle einen neuen Zuschuss in Höhe von 19,626 Mio. Euro für die drei Departements zu gewähren.

*„Wir werden bestimmt keine Stammkunden beim Solidaritätsfonds“, versichert der Präfekt. „Die Gegenleistung für Europas kostbare Hilfe ist die Prävention, und das ist in erster Linie eine Frage der Raumgestaltung und der nachhaltigen Entwicklung: Beispielsweise sollten die Leute ermutigt werden, sich wieder mitten in den Ortschaften niederzulassen, anstatt sich immer wieder für eine Siedlung zu entscheiden. Die Tatsache, dass jeder Antrag auf eine Baugenehmigung für einen Neubau in Zukunft abgelehnt wird, wenn an der betreffenden Stelle eine Überschwemmung von über 50 cm möglich ist, stößt bei der Bevölkerung nicht gerade auf große Begeisterung, aber nach und nach kommen wir schon ans Ziel...“*

## Italien

# Der Solidaritätsfonds hilft bei der Bewältigung der Folgen des verheerenden Erdbebens von 2002

Corrado Seller, Generaldirektor, italienischer Katastrophenschutz



Am 31. Oktober und 1. November 2002 wurden die süditalienischen Regionen Molise und Apulien von einer Reihe von Erdbeben heimgesucht, die eine Magnitude von 5,4 auf der Richter-Skala erreichten.

Zahlreiche Gemeinden der Provinzen Campobasso und Foggia und ein Großteil der Einwohner waren betroffen. Die meisten Orte innerhalb des umfangreichen Erdbebengebiets erlitten beträchtliche Schäden. Am schwersten getroffen wurde der Bezirk San Giuliano di Puglia; hier haben die Beben die kleine Stadt vollkommen zerstört, und beim Einsturz einer Schule kamen 27 Schulkinder und ein Lehrer ums Leben.

Die Katastrophe hat natürlich den sofortigen Einsatz aller auf dem italienischen Gebiet verfügbaren Katastrophenschutzeinheiten erforderlich gemacht. Rund 5000 Männer – Feuerwehrleute, Polizisten, Soldaten und freiwillige Helfer – haben sich angesichts dieser dramatischen, durch Zufahrtsprobleme und die schlechten Klimabedingungen noch verschärften Situation auf den Weg gemacht.

Nachdem die Beben abgeklungen waren, bot sich ein Bild der Verzweiflung. Ungefähr 12 000 Personen mussten evakuiert und in aller Eile in 49 notdürftig errichteten Lagern – insgesamt 2737 Zelte, 518 Wohnwagen und 14 Essensausgabestellen – untergebracht werden. Es wurde jedoch schnell klar, dass die vielen Menschen, die ihre Wohnung oder ihr Haus

verloren hatten und aus eigenen Kräften nicht in der Lage waren, sich eine neue Unterkunft zu beschaffen, Hilfe brauchten, die über diese ersten Notmaßnahmen hinausging: Es galt, provisorische Unterkünfte zu errichten, die den Opfern erlaubten, bis zum Abschluss der Wiederaufbauarbeiten ein mehr oder weniger normales Leben zu führen.

Dazu mussten zunächst geeignete Stellen zur Einrichtung dieser provisorischen Unterkünfte gesucht werden. Es erwies sich beispielsweise als unumgänglich, den Großteil der Einwohner von San Giuliano di Puglia auf einen kleinen, einige Kilometer von der Stadt entfernten Hügel umzusiedeln. Die Entscheidung für diese Stelle ist das Ergebnis eines Kompromisses zwischen der Sicherheit und der unbedingt erforderlichen Wiederherstellung der sozioökonomischen Beziehungen. Parallel zur Bereitstellung von Unterkünften, die Tausend Menschen Raum boten, wurden Schulen, Geschäfte, Büros und eine Kirche eingerichtet. So wurde für die für den Wiederaufbau von San Giuliano di Puglia erforderliche Zeit ein ganzes Dorf mit Holzhütten aus dem Boden gestampft.

Die Gesamtkosten der von dem Erdbeben 2002 angerichteten Schäden belaufen sich auf schätzungsweise 1500 Mio. Euro. Am 8. Dezember 2003 genehmigte die Europäische Kommission eine Finanzhilfe des Solidaritätsfonds in Höhe von rund 31 Mio. Euro für Molise und Apulien. Ungefähr 9 Millionen davon wurden für die sofortige Instandsetzung der für Stromverteilung, Wasserversorgung und -ableitung, Transport, Gesundheitsdienste und Bildungseinrichtungen erforderlichen Infrastrukturen und Anlagen verwendet. 11 Mio. Euro dienten zum Bau der provisorischen Unterkünfte und zur Organisation von Notfalldiensten für die Bevölkerung der betroffenen Gebiete. Die restlichen knapp 11 Mio. Euro finanzierten zahlreiche Maßnahmen zur Sicherung der Infrastrukturen und zum Schutz des Kulturerbes, das ebenfalls zu den großen Opfern der Katastrophe zählte, da ein Großteil der Kirchen, Denkmäler und historischen Bauten, die Molise und Apulien in Hülle und Fülle besitzen, von dem Erdbeben schwer beschädigt wurden.

Ein großer Teil der Gemeinschaftshilfe ist inzwischen verbraucht, und die Durchführung der geplanten Aktivitäten geht gut voran, doch die entscheidende Bedeutung der Finanzhilfe der Europäischen Union und die Schlüsselrolle, die der Solidaritätsfonds dabei gespielt hat, sollten hervorgehoben werden.

**Kontakt:** [corrado.seller@protezionecivile.it](mailto:corrado.seller@protezionecivile.it)



Notunterkünfte für Erdbebenopfer



# Die Risikoprävention, ein Schwerpunkt der Strukturfonds für 2007-2013

**Gebraucht wird ein globaler und integrierter Präventionsansatz auf EU-Ebene.**



Das Interreg-III-B-Projekt SDF unterstützt die Vorbeugung vor dem Rhein-Hochwasser.



7 Millionen Menschen betroffen, 60 Mrd. Euro versicherte Verluste: So lautet die Bilanz der natürlichen und technologischen Katastrophen in Europa, die zwischen 1998 und 2002 in den 31 Mitgliedstaaten der Europäischen Umweltagentur (EUA) eingetreten sind. In Zukunft dürfte sich die Situation noch verschlechtern. Die Versicherungsgesellschaften gehen davon aus, dass allein die Naturkatastrophen im Laufe des nächsten Jahrzehnts mit 150 Milliarden Dollar pro Jahr zu Buche schlagen werden.

Die Auswirkungen der Katastrophen dieser letzten Jahre auf das Wirtschaftsgefüge der betroffenen Regionen übersteigen die Kapazität der vorhandenen Entschädigungsmechanismen. Es besteht die Gefahr, dass die in den Mitgliedstaaten unternommenen – und teils von den Strukturfonds unterstützten – Anstrengungen zur Wiederbelebung ihrer Wirtschaft oder zur Sanierung ihrer Gebiete dadurch zunichte gemacht werden. Hinzu kommt, dass eine natürliche oder technologische Katastrophe oftmals mehr als nur einen Staat trifft. Es ist somit offensichtlich, dass im Bereich der Risikoprävention ein globales und integriertes Vorgehen auf der Ebene der Europäischen Union erforderlich ist.

Die Risikoprävention beinhaltet verschiedene Arten von Aktionen: Maßnahmen zur Risikosenkung, die darauf abzielen, die Risikoursache an der Quelle zu verringern (z. B. Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, Verbot von Neubauten in überschwemmten Gebieten usw.) und Anpassungsmaßnahmen, die erlauben, „mit dem Risiko zu leben“ (wie etwa die Anpassung von Bauvorschriften oder der Bau von Sperrmauern und Dämmen). Die europäische Kohäsionspolitik wie auch die Gemeinschaftspolitiken zur Förderung der Umwelt, der Entwicklung des ländlichen Raums, des Verkehrs oder der Forschung finanzieren diese beiden Maßnahmentypen.

Darüber hinaus unterstützt die Kommission über ihre aufeinander folgenden Forschungsprogramme auch Initiativen, die ein besseres Verständnis der Risiken ermöglichen. Im Übrigen sind Maßnahmen in Bezug auf natürliche oder technologische Risiken in zahlreichen Richtlinien und anderen Rechtsvorschriften der Gemeinschaft vorgesehen.

## Die Risikoprävention: von einer Finanzierungsmöglichkeit zu einer Priorität

Viele Präventionsmaßnahmen werden im Rahmen der derzeitigen Kohäsionspolitik finanziert. In der „EAGFL“-Verordnung <sup>(1)</sup> und der Mitteilung der Kommission über die Gemeinschaftsinitiative für transeuropäische Zusammenarbeit Interreg III <sup>(2)</sup> sind solche Maßnahmen direkt vorgesehen.

Im Anschluss an die Katastrophen, die 2002 mehrere Mitgliedstaaten der EU heimgesucht haben, empfahl die Kommission in ihren überarbeiteten indikativen Leitlinien, die ihre Prioritäten für die Umsetzung der Strukturfonds aufstellen <sup>(3)</sup>, Präventionsmaßnahmen im Rahmen der Halbzeitrevision der Programme 2004 und der Zuweisung der leistungsgebundenen Reserve, dank der 8,246 Mrd. Euro an die leistungsfähigsten Programme verteilt werden konnten, zu finanzieren.

Der Vorschlag für eine Verordnung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Mitte Juli 2004 von der Kommission verabschiedet wurde, sieht die Risikoprävention als eine der drei Prioritäten für den Zeitraum 2007-2013 vor. Die Verordnung in Bezug auf den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und der Europäische Fischereifonds enthalten ebenfalls Bestimmungen im Bereich Risikoprävention (siehe Tabelle S. 20).

## Geeignete Gebiete abstecken

Die Gebiete, die durch Interventionen der Fonds unterstützt und derzeit nach sozioökonomischen Kriterien festgelegt werden, eignen sich nicht immer für Präventionsmaßnahmen. Der Vorschlag für die EFRE-Verordnung sieht vor, dem Mitgliedstaat die Verantwortung für die Auswahl der zuschussfähigen Gebiete zu übertragen.

Was den EAGFL anbelangt, werden die Brandverhütungsmaßnahmen unter die Zuständigkeit von staatlicherseits als

<sup>(1)</sup> Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999.

<sup>(2)</sup> Dokument C(2000)1101 vom 28.4.2000.

<sup>(3)</sup> KOM (2003) 499 endgültig vom 25.8.2003.

gefährdet eingestuften Gebieten fallen. Es ist vorgesehen, dass der Staat auch die für Aufforstung geeigneten Gebiete bezeichnet.

Der Vorschlag einer höheren Interventionsrate für Gebiete, die natürliche Nachteile aufweisen, dürfte es einfacher machen, da, wo es aus eigener Kraft nicht immer möglich ist, Gefahren wie Bränden oder Lawinen vorzubeugen, Präventionsmaßnahmen vorzusehen.

## Was kann im Vorfeld getan werden?

Die Verordnungsvorschläge für den Zeitraum 2007-2013 dürften im Laufe des Jahres 2005 verabschiedet werden. Im Vorfeld müssen sich die Mitgliedstaaten gründlich Gedanken über die geographische Gebietsabsteckung machen. Sie müssen entscheiden, wo thematisch, geographisch und finanziell der Schwerpunkt liegen soll – diese Entscheidung wird die Grundlage des Erfolgs der Strategien sein.

Bei der Ausarbeitung dieser Strategien sind die natürlichen und technologischen Risiken insbesondere in den am stärksten exponierten Regionen zu berücksichtigen. Dabei werden sich Instrumente, mit denen sich allen Auswirkungen – ob es um Menschen, materielle und finanzielle Verluste oder Umweltschäden geht – Rechnung tragen lässt, als unverzichtbar erweisen.

Im Bereich der Risikoprävention bringt die Kohäsionspolitik die europäische Solidarität gleich zweifach zur Geltung. Sie

stellt finanzielle Hilfe nicht nur für die am stärksten benachteiligten Regionen der EU bereit, sondern auch für die anderen Regionen, deren Wettbewerbsfähigkeit unterstützt werden muss, damit die Entwicklungsbemühungen dort eine nachhaltige Wirkung erzielen. Und angesichts der Tatsache, dass das Vorgehen – bzw. die Untätigkeit – gewisser Regionen die Entwicklungsbemühungen der anderen zunichte machen könnte, erlaubt die Förderung der regionalen Zusammenarbeit auch, die Solidarität zwischen diesen Regionen zu verstärken. Indem sie ihre Anstrengungen auf die Risikoprävention konzentriert, sorgt die Kohäsionspolitik der Gemeinschaft dafür, dass die politischen Maßnahmen zugunsten der Umwelt, des Transports und der ländlichen Entwicklung in diesem Bereich auf der Ebene der Regionen der 25 Mitgliedstaaten viel besser zur Geltung kommen.



Das Programm ISPA finanziert die Minderung des Schadstoffausstoßes im Kraftwerk Maritsa Est II in Bulgarien.

## Kohäsionspolitik und

|                              | Periode 2000-2006  | Periode 2007-2013   |
|------------------------------|--|---|
| <b>Regionale Entwicklung</b> | <b>Revidierte strategische Leitlinien</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Durchführung von geologischen oder Stabilisierungsstudien</li> <li>&gt; Pläne zur Verhütung natürlicher Risiken</li> </ul> <b>Interreg III</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Gemeinsame Leitlinien und Planungen für die Gestaltung und Verwaltung von Grenzgebieten</li> <li>&gt; Erschließung, nachhaltige Entwicklung und Erhaltung grenzüberschreitender Forstressourcen; Verhütung von Katastrophen</li> <li>&gt; Ausarbeitung gemeinsamer Strategien im Bereich des Risikomanagements</li> </ul> | <b>Ziele „Konvergenz“ und „Wettbewerbsfähigkeit“</b><br>Pläne im Hinblick auf die Verhütung und das Management natürlicher und technologischer Risiken<br><b>Ziel „territoriale Zusammenarbeit“</b><br>Themen: <ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Förderung der Meeressicherheit</li> <li>&gt; Schutz gegen Überschwemmungen und Schutz der inneren Meeresgewässer</li> <li>&gt; Verhütung von und Schutz gegen Erosion, Erdbeben und Lawinen</li> </ul> Maßnahmen: <ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Bereitstellung von Ausrüstung</li> <li>&gt; Entwicklung von Infrastrukturen</li> <li>&gt; Entwicklung und Umsetzung transnationaler Hilfsprogramme</li> <li>&gt; Systeme für die Erstellung von Risikokarten</li> <li>&gt; Konzipierung gemeinsamer Instrumente für die Verhütung, Beobachtung und Bekämpfung von Risiken</li> </ul> |
| <b>Ländliche Entwicklung</b> | <b>EAGFL</b><br>Verhütung und Instandsetzung im Zusammenhang mit Naturrisiken und Waldbränden, die die agrar- oder forstwirtschaftliche Produktion betreffen   | <b>ELER</b><br>Verhütung und Instandsetzung im Zusammenhang mit Naturrisiken und Waldbränden, die die agrar- oder forstwirtschaftliche Produktion betreffen<br><b>Entwicklung der Forstressourcen und Verbesserung ihrer Qualität:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Erste Aufforstung landwirtschaftlich genutzter oder nicht genutzter Flächen</li> <li>&gt; Verstärkung der Schutzfunktion der Wälder beim Kampf gegen die Bodenerosion</li> <li>&gt; Verwaltung der Wasserressourcen und der Wasserqualität</li> </ul>  |
| <b>Fischereipolitik</b>      |  | Wiederherstellung des Produktionspotenzials des durch natürliche oder industrielle Katastrophen geschädigten Fischereisektors   |



### NIEDERLANDE

#### Verbreiterung des Rheinbetts



**Gesamtkosten:** 6 591 385 EUR  
**EU-Beitrag:** 2 962 986 EUR

„IRMA, das Programm Vorbeugender Hochwasserschutz Rhein-Maas, hat zwischen 1997 und 2003 zahlreiche oft innovative Projekte unterstützt. Die Verlegung des Deichs von Bakenhof in der Nähe von Arnheim ist ein gutes Beispiel für das integrierte Vorgehen des Programms. Es ging darum, das Rheinbett über mehrere Kilometer um 200 Meter zu verbreitern. Dazu musste zunächst eine ganze Schrebergartensiedlung verlegt werden. Anschließend wurde längs des Flutbetts des Flusses, das – solchermaßen verbreitert – zu einem neuen Natur- und Erholungsgebiet für die lokale Bevölkerung geworden ist, ein Abflusskanal angelegt. Dank dieser Maßnahme, bei der es neben Landschaftsgestaltung auch um das Management des Abflusswassers in einer stark urbanisierten Umgebung ging, konnte der maximale Wasserstand, den der Rhein an dieser Stelle erreichen kann, um 7 cm gesenkt werden. Dies ist ein großes Plus für die Sicherheit von Arnheims Bevölkerung.“

**Jacqueline Laman**, niederländisches Ministerium für Wohnwesen, Raumordnung und Umweltgestaltung, ehemalige Koordinatorin des Programms IRMA  
[jacqueline.Laman@minvrom.nl](mailto:jacqueline.Laman@minvrom.nl)

### NORDSEE

#### Hochwasserverhütung



**Gesamtkosten:** 9 847 575 EUR  
**EU-Beitrag:** 4 923 788 EUR

„Überschwemmungen sind ein Risiko, das die meisten Meeresregionen bedroht. Das Projekt FLOWS mobilisiert zahlreiche Akteure des Interreg-III-B-Kooperationsraums ‚Nordsee‘, die am Schutz und der nachhaltigen Entwicklung überschwemmbarer Gebiete mitwirken. FLOWS verbindet die technischen und sozialen Dimensionen der Hochwasserverhütung, um diese Verhütung besser in die Raumordnung zu integrieren. Das Projekt soll zur Erstellung präziserer Karten, zu besseren Simulationsmethoden für Überschwemmungen und Bodennutzung und zur Entwicklung eines Risiko-Signalsystems führen und eine Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit, der politischen Entscheider und der Wirtschaft bewirken. Im Vereinigten Königreich wurden drei Demonstrationsgebäude ausgewählt, an denen Methoden zur Verringerung der von Überschwemmungen verursachten Schäden erprobt werden.“

**Helen Elliott**, Projektleiterin, Cambridgeshire County Council  
[Helen.elliott@cambridgeshire.gov.uk](mailto:Helen.elliott@cambridgeshire.gov.uk)

### ATLANTIKRAUM

#### Meeressicherheit im Atlantik



**Gesamtkosten:** 84 350 EUR  
**EU-Beitrag:** 48 920 EUR

„Der Beobachtungsausschuss des Interreg-III-B-Programms ‚Atlantikraum‘, an dem zahlreiche Regionen von Frankreich, Spanien, Irland, Portugal und dem Vereinigten Königreich teilnehmen, hat eine Studie über die transnationale Zusammenarbeit im Bereich der Meeressicherheit durchführen lassen. Die Experten, die die verschiedenen Meeresbecken der Union repräsentieren, haben sich mit mehreren Fragen beschäftigt: die vorrangigen Themen des zu schaffenden Netzwerks; die Kriterien, denen die Projekte entsprechen müssten, um die Kohärenz und Komplementarität mit den Missionen der internationalen Stellen, der Staaten und der europäischen Einrichtungen zu gewährleisten; die Partnerschaften, die aufzubauen sind, damit die Projekte wirklich einen Gewinn für die Politik im Bereich der Meeressicherheit bedeuten. Diese Initiative erfolgt im Rahmen der Vorbereitung der künftigen Programmplanungsperiode, in der Risikoprävention und die Dimension Meer zu den Prioritäten zählen werden.“

**Ronan McAdam**, Koordinator des Interreg-III-B-Programms ‚Atlantikraum‘  
[interreg@cr-poitou-charentes.fr](mailto:interreg@cr-poitou-charentes.fr)  
([www.interreg-atlantique.org](http://www.interreg-atlantique.org))

### ALPENRAUM

#### Die Geodäsie im Dienste der Prävention



**Gesamtkosten:** 1 988 334 EUR  
**EU-Beitrag:** 974 167 EUR

„Das Projekt ‚ALPS-GPSQUAKENET‘ arbeitet darauf hin, ein transnationales, super leistungsfähiges Netz auf der Basis von GPS- (Global Positioning System) Sensoren aufzubauen, das den gesamten Alpenraum abdeckt. Es handelt sich um das erste geodäsische transalpine Netz; seine Präzision soll im Bereich eines Millimeters pro Jahr liegen. Es wird erlauben, den ganzen Fächer der GPS-Anwendungen – Feststellung von Erdbebenrisiken, Meteorologie, Gebietsüberwachung, Navigation, Verkehr, Kartographie usw. – voll zu nutzen. Das Projekt, das auf einer Partnerschaft zwischen Experten für Geodäsie und Endbenutzern beruht, wird eine ausgezeichnete Plattform für die Ausbildung sowohl der regionalen Akteure als auch der jungen Wissenschaftler verfügbar machen.“

**Abdelkrim Aoudia**, Projektleiter, Universität Triest  
[aoudia@dst.units.it](mailto:aoudia@dst.units.it)

### Website Inforegio

Die Website Inforegio bietet einen vollständigen Überblick über die europäische Regionalpolitik. Die aktuellsten Informationen finden sich im Teil „Newsroom“:

[http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/newsroom/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/newsroom/index_de.htm)

Anspruchpartner

Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik,  
Referat 01 – „Information und Kommunikation“  
Thierry Daman  
41, avenue de Tervuren, B-1040 Brüssel  
Fax +32 2 296 60 03  
E-Mail: [regio-info@cec.eu.int](mailto:regio-info@cec.eu.int)  
Internet: [http://europa.eu.int/comm/dgs/regional\\_policy/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/dgs/regional_policy/index_de.htm)

Informationen über die Regionalförderung der Europäischen Union  
[http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm)

ISSN 1608-3881

© Europäische Gemeinschaften, 2004  
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.



Amt für Veröffentlichungen

*Publications.eu.int*